

# Mitglieder-Info

April 2011

10.04.2011

## *Themen in dieser Ausgabe:*

- Offener Brief
- Wahlnachlese
- Aktuelles aus dem Bezirksverband
- Abschalten!!!
- Ostermarsch 2011
- Termine

## **In dieser Ausgabe:**

Moin!	1
Forderungen nach der Wahl	2
Offener Brief	3
Wahlnachbetrachtung	4-5
Bilder	6
Konsequenzen—das schwarz-grüne Debakel	7-9
Schlussfolgerungen aus der Wahl	10-11
Ostermarsch 2011	11
Abschalten! Abschalten! Abschalten!	12-13
Aktuelles aus dem BV	14
Termine...	15

**MOIN,**

Euch liegt nun die erste Ausgabe unseres **Mitglieder-Info** nach der Wahl in Hamburg vor. Und sie bildet auch den Schwerpunkt dieser Ausgabe. Wir möchten jedoch vorweg einen Appell an Euch richten. Ein lebendiges, informatives und lesenswertes **Mitglieder-Info** wächst vor allem mit Eurer Hilfe und Beteiligung. Bitte schickt uns Berichte über Eure politischen und kulturellen Aktivitäten, sendet uns Kommentare zu Ereignissen innerhalb und außerhalb der Partei zu, schreibt über die Diskussionen in Ausschüssen oder in Initiativen,



berichtet bitte über das, was in Eurem Viertel oder im Betrieb geschieht. Wir erwarten keine Mega-Berichte und wir lesen auch gern Korrektur, falls es gewünscht wird. Wir möchten gern eine gähnende Langeweile vermeiden und lieber alle sechs Wochen ein spannendes **Mitglieder-Info** von Euch für Euch herausbringen. Alle Berichte können per E-Mail an Susanne David

([susanne.david@yahoo.de](mailto:susanne.david@yahoo.de)) oder an Volker Vödisch ([volker-voedisch@t-online.de](mailto:volker-voedisch@t-online.de)) übermittelt werden. Wer Artikel lieber per Briefpost versenden möchte, sollte diese an die folgende Adresse schicken:

DIE  
LINKE.ALTONA,  
Mitglieder-Info,  
Am Felde 2 in  
22765 Hamburg.

Viel Spaß beim  
Lesen wünscht  
Euch das  
Redaktionsteam.

## Was haben wir Altonaerinnen und Altonaer vom neuen SPD-Senat zu erwarten? Was fordert DIE LINKE?

von Robert Jarowoy

Einer der wichtigsten Aspekte der Kommunalpolitik in Altona besteht darin, dass die Altonaer Kommunalpolitik nicht in Altona, sondern vom Hamburger Senat durch seine Fachbehörden bestimmt wird und die Altonaer Bezirksversammlung mit ihren Ausschüssen allenfalls ein empfehlendes Mitspracherecht hat.

Obwohl es seit Jahren von allen Parteien heißt, dass die Bezirke in Hamburg gestärkt werden sollten, ist genau das Gegenteil der Fall. Die Frigge-Kommission des letzten CDU-Finanzsenators wollte die Bezirke faktisch ganz abschaffen, zunächst durch eine weitere Zusammenfassung bezirklicher Aufgaben wie z.B. dem Tiefbau oder dem Grünbereich (also Straßen- und Sielbau sowie die Pflege von Parkanlagen) auf zentraler Hamburger Ebene, was dann die Edelpflasterung der City und vor allem der Hafencity zur Folge hat, während die Straßen und Radwege in den Bezirken genauso wie die Grünanlagen dem Verfall preisgegeben werden. Die Kaputtsparrpläne für die Bezirke haben kurz vor der Wahl die

Bezirksamtsleiter unabhängig von der Parteizugehörigkeit zu einem gemeinsamen Protestauftritt bewegt, weil die Schmerzgrenze für ein verwaltungsmäßig verantwortliches Handeln überschritten war.

Dabei ist zu befürchten, dass die Verwaltungsstruktur unter dem neuen SPD-Senat noch weiter zentralisiert wird, soll doch der bezirklichen Kompetenz durch die von der SPD geforderte Abschaffung der bezirklichen Fachausschüsse (Verkehr, Grün, Kultur, MigrantInnen, Frauen, Verbraucherschutz, Umwelt, Wirtschaft, Soziales) weiterer Boden entzogen werden. Als Ersatz sollen



flächendeckende Regionalausschüsse installiert werden, die über alles und jedes bürgernah palavern dürfen, aber keinerlei Entscheidungsgewalt haben.

Das ist das Konzept 'Zukunftsplan Altona' mit ständigen Beteiligungsveranstaltungen für die Bürgerinnen und Bürger, während die Behörde für Bau- und Stadtentwicklung, die Finanzbehörde, die Bahn ihre willfährigen Entscheidungen zu Gunsten der Investoren

treffen.

DIE LINKE ist zusammen mit den VertreterInnen der Bürgerinitiativen nach einem Jahr der völlig sinnlosen Mitarbeit aus der Koordinierungsgruppe dieses 'Zukunftsplan Altona' ausgestiegen, weil sie es als ein Komitee ansieht, das keinerlei Entscheidungskompetenz und auch keine Gestaltungsmöglichkeiten hat, denn das einzig wirklich neu zu gestaltende Areal, das ehemalige Güterbahnhofgelände, ist vom Senat als sog. Vorbehaltsgebiet jeglicher bezirklicher Planungshoheit enthoben worden. Genau wie das IKEA-Vorhaben oder die Überplanung der jetzigen Altonaer Kleingartenflächen, die nach 100 Jahren Bestand verkauft, abgerissen und an Investoren verkauft werden sollen.

Dies alles sieht DIE LINKE als skrupellosen

Verkauf öffentlichen Eigentums und als Aufgabe jeglicher wirklicher bezirklicher Planungshoheit an.

Deswegen fordern wir:

Öffentliche Grundstücke und Einrichtungen unter BürgerInnenkontrolle und Verfügungsgewalt.

Weitestgehende bezirkliche Selbstverwaltung und ein eigenes Haushaltsrecht für Altona!

## Offener Brief

Sehr geehrte Damen und Herren der Fraktionen der SPD, CDU, GAL und FDP in der Bezirksversammlung,

die SPD möchte als Mehrheitspartei in der Bezirksversammlung Altona künftig eine Reihe von Ausschüssen auflösen. Es sollen in der

verlagert. Dies würde die Mitglieder dieser Ausschüsse überfordern.

Der Bezirksverband der Partei *DIE LINKE* und die Fraktion unserer Partei in der Bezirksversammlung lehnen dieses Vorhaben entschieden ab. Wir halten diesen Vorschlag für einen weiteren Versuch, die ohnehin stark beschränkten

öffentlichen Grundstücke, Gebäude und Einrichtungen noch haben sie einen eigenen Haushalt. Die von den Fachbehörden vorgegebenen Haushaltsetats sind streng vorgegeben und bieten nur einen geringen Gestaltungsspielraum. So kann der Bezirk selten eigene Schwerpunkte setzen. Die Bezirksversammlungen haben als politisch gewählte Kontrollorgane lediglich das Recht, Empfehlungen auszusprechen.

Der Vorschlag der SPD wird die Entwicklung beschleunigt zum Abschluss bringen, alle bezirklichen Belange den Landesministerien und dem Senat unterzuordnen statt die Entscheidungs- und Gestaltungsrechte der Bezirksorgane und der Menschen im Bezirk zu stärken und auszubauen.

Wir fordern Sie auf, diesem Vorschlag nicht zu folgen, sondern den Weg zur Demokratisierung der Selbstbestimmungs- und Verwaltungsstrukturen zu beschreiten.

Für den Bezirksverband  
Für die Fraktion



kommenden Legislaturperiode nur noch der Haushalts- und Vergabeausschuss, der Bauausschuss, der Jugendhilfeausschuss und der Planungsausschuss wirken. Die Belange der anderen Gremien wie die des Grünausschusses oder des Sozialausschusses werden den Vorschlägen der SPD nach entweder den Fachbehörden des Landes unterstellt oder in die Regionalausschüsse, bisher gibt es zwei,

demokratischen Rechte der Menschen im Bezirk Altona noch mehr zu beschneiden. Dies würde ein falsches Zeichen setzen.

Zur Erinnerung: seit der Einführung der Einheitsgemeinde durch die faschistischen Machthaber sind sämtliche kommunalen Verwaltungsrechte auf die Fachbehörden übergegangen, die vom Hamburger Senat bestimmt werden. Die Bezirke verfügen weder über die Nutzung der

## GUT GEGANGEN

### WAHLNACHBETRACHTUNG

von Volker Vödisch

*DIE LINKE* schnitt bei den Wahlen zur Bürgerschaft und für die Bezirksversammlungen erfolgreich ab. Relativ betrachtet erreichten wir mit 6,4% der abgegebenen Stimmen dasselbe Ergebnis wie 2008. Allerdings nahmen nur 57,3 Prozent der 1.254.638 Wahlberechtigten das Wahlrecht in Anspruch. Ein Rekordtief in Hamburg. Die Wahlbeteiligung war insbesondere in den Stadtteilen mit großen sozialen Problemen sehr niedrig, während sie in Stadtteilen mit einem höheren Einkommen und mit einer relativ geringen Zahl an Erwerbslosen und BezieherInnen von Sozialleistungen eher leicht fiel.

In sozial schlechter gestellten Stadtteilen erreichte *DIE LINKE* mit 10,7 % der Stimmen eine leichte Steigerung des Ergebnisses im Vergleich zu 2008. In sozial besser gestellten Stadtteilen verloren wir leicht und kamen auf 3,1 Prozent. Uns gelang es nicht, die NichtwählerInnen in den sozial benachteiligten Stadtteilen zu mobilisieren und zur Stimmenabgabe für *DIE LINKE* zu bewegen. In vielen dieser Stadtteile sind wir politisch nicht oder nicht genügend verankert. Um uns wählen zu können, müssen die Menschen vorher mit uns gute Erfahrungen gemacht haben.

Dazu braucht es ein verlässliches, regelmäßiges, beobachtbares und beteiligendes Wirken von GenossInnen in Stadtteilgruppen vor Ort. In diesem Bereich haben wir auch im Bezirk Altona einen

Verbesserungsbedarf. Wir brauchen mehr aktive Mitglieder und wir brauchen mehr von denen, die mit Freude und Power Politik machen. Und wir brauchen Fraktionsmitglieder, die das Gespräch und die Zusammenarbeit mit den Menschen in den unterschiedlichen Vierteln suchen und von ihnen angesprochen werden können. Auch da weisen wir in einigen Bereichen Defizite auf.

Die Zahl der ungültigen Stimmzettel war im Vergleich zu früheren Wahlgängen hoch. Bei den Landeslisten betrug die Quote drei Prozent, bei den Wahlkreisstimmzetteln sogar 3,6 %. Das neue Wahlrecht, das die Personenwahl stärkt, könnte viele Wählerinnen und Wähler verunsichert haben. Aus mehreren Wahllokalen wurde nach der Auszählung berichtet, dass viele Bögen abgegeben wurden, auf denen sowohl fünf Stimmen für die Parteiliste als auch fünf Stimmen für die zur Wahl stehenden KandidatInnen vergeben worden waren. Nicht wenige schienen mit der Auswahl an Personen überfordert zu sein, denn nur 88,4 % der ausgegebenen Briefwahlstimmen wurden tatsächlich abgegeben.

*DIE LINKE* verlor absolut betrachtet mehr als 5.300 Wählerinnen und Wähler gegenüber 2008. Das ist nicht wenig und muss zu Überlegungen führen, woran es gelegen hat, dass wir sie weder halten noch weitere WählerInnen dazugewinnen konnten. Sicherlich spielte die mangelnde Medienpräsenz unserer Partei insbesondere in den Printmedien eine große Rolle. Die Springer-Presse wie

die Hamburger Morgenpost und die taz wollten *DIE LINKE* klein halten, wenn möglich aus die Parlamente schreiben. Über viele Monate bis kurz vor den Wahlen gab es nur sehr wenige Berichte über uns, obwohl die Partei parlamentarisch wie außerparlamentarisch eine aktive Arbeit betrieb und vieles ins Rollen brachte. Die Mopo setzte voll auf die SPD, die taz auf die GAL. Abendblatt, Bild und Welt wollten den Auswirkungen des Koalitionsbruches für die CDU so klein wie möglich halten. Das blieb nicht ohne Einfluss auf die WählerInnen.

Viele Menschen wollten einen Regierungswechsel und sie verbanden den politischen Wechsel nicht zwangsläufig mit der Wahl unserer Partei. Wir konnten also unsere Positionen und Ziele nicht deutlich genug machen. Die SPD erhielt einen derartigen Stimmenzuwachs, wie sie ihn zuletzt nirgendwo bei Landtagswahlen erzielen konnte. Das war ein Hamburger Spezifikum, die Wahlen in Rheinland-Pfalz und in Baden-Württemberg verdeutlichen es. Denn dort erreichten die SozialdemokratInnen sehr schwache Ergebnisse. Die FDP wuchs auf Kosten der CDU, die nach der Flucht Ole von Beusts aus der Regierungsverantwortung und dem Scheitern seiner Politik bestenfalls zweitklassige Nachrücker als Bürgermeister und Senatoren berufen konnte. Die GAL als gestaltender Juniorpartner brach nach dem Mist, den sie höchst selbst mitanhäufte, das Regierungsbündnis, wurde jedoch in der Wahl nicht zur Rechenschaft gezogen. Sie hätte so gern wieder mitregiert, nun mit der SPD.

Doch die errang aus Sicht der Grünen unglücklicherweise die absolute Mehrheit.

Wir betrieben einen hohen Aufwand, um mit einem ordentlichen Ergebnis erneut in die Bürgerschaft und in die Bezirksversammlung einzuziehen. Das fiel uns in mitgliederreichen Stadtteilgruppen leichter. Wir erstellten ein richtig gutes Programm mit dem Titel „Altona für alle – sozial und solidarisch!“. Und es hätte sogar besser werden können, wenn sich mehr GenossInnen an der inhaltlichen Gestaltung des Wahlprogramms beteiligt hätten. Wir haben an vielen Info-Tischen über unsere Politik informiert und in vielen, oft erfreulich gut besuchten Veranstaltungen mit den interessierten BürgerInnen diskutiert. Die große Steckaktion, an der auch GenossInnen aus Berlin und aus anderen Bundesländern teilnahmen, hat uns sicherlich geholfen. Rund 40.000 Bürgerbriefe und Flyer wurden im Bezirk verteilt. Damit brachten wir uns bei vielen Menschen in Erinnerung. Und uns half die gute Arbeit unserer Fraktionen in der Bürgerschaft und in der Bezirksversammlung Altona. Dies wurde wahrgenommen und honoriert. Sonst hätte unsere Partei unter dem „Wechselklima“ stärker unter Stimmeneinbußen, insbesondere an die SPD, gelitten.

Dort, wo wir uns in der Zusammenarbeit mit Bündnissen, Initiativen und Gruppierungen als kompetenter, engagierter, verlässlicher und unaufdringlicher Partner erwiesen, lernten uns viele Menschen schätzen und waren

aufgrund dieser Erfahrungen sogar bereit, uns zu wählen. Dort, wo wir öffentlich gut wahrzunehmen waren, regelmäßig Veranstaltungen, Info-Stände und Verteilaktionen machten, verzeichneten wir die Bereitschaft, mit uns ins Gespräch zu kommen, und erzielten gute Wahlergebnisse. Dort, wo wir die Menschen einluden, ihre Vorstellungen, Interessen und Bedürfnisse gleichberechtigt einzubringen und mit uns gemeinsam an der Realisierung zu wirken, gewannen wir an Glaubwürdigkeit. Dort, wo wir nicht in der politischen Arbeit beobachtbar und erfahrbar waren, wurden wir auch weniger gewählt.

Die Wahlerfolge im Wahlkreis 03 (Altona) scheinen es zu bestätigen. Bei der Bürgerschaftswahl erreichten wir dort 11,2 % (9,6 % in 2008) der Stimmen und bei den Wahlkreisstimmen sogar 11,9 %. Bezüglich der Bezirksversammlungswahlen schnitten wir in diesem Wahlkreis noch besser ab. Über die Bezirksliste erhielten wir 12,7 % und über die Wahlkreisliste sogar 14,2 %.

Im politisch schwierigen Wahlkreis 04 (Blankenese) verloren wir bei der Bürgerschaftswahl leicht und sackten von 5,8 % (2008) auf diesmal 5,0%. Bei der Wahl zur Bezirksversammlung erhielten wir über die Bezirksliste 4,9 % und über die Wahlkreisliste 5,2 %. Bis vor kurzer Zeit war hier nur eine Stadtteilgruppe für den gesamten Wahlkreis zuständig. Im Dezember 2010 gesellte sich eine weitere dazu. Der strukturelle Ausbau der Parteigliederungen muss weiterbetrieben werden, damit wir mit vielen GenossInnen

stadtteilbezogen wirken können und die Menschen dort für unsere Ziele und zur Mitarbeit gewinnen können.

Die GenossInnen Aysel Özkan, Robert Jarowoy, Horst Schneider (als Nachrücker für die in die Bürgerschaft gewählte Genossin Cansu Özdemir), Karsten Strasser und Wolfgang Ziegert bilden in der neuen wie kürzeren Legislaturperiode für drei Jahre die Fraktion DIE LINKE in der Bezirksversammlung. Den Fraktionsvorsitz übernimmt Robert, sein Stellvertreter ist Horst.

Neben Cansu gelangten auch mit Heike Sudmann und Norbert Hackbusch zwei weitere VertreterInnen aus Altona in die Bürgerschaft. Die Bürgerschaftsfraktion wird vervollständigt von den GenossInnen Kersten Artus, Dora Heyenn (Fraktionsvorsitz), Christiane Schneider, Joachim Bischoff und Mehmet Yildiz.



*Bilder von der Wahlkampfveranstaltung am 18.02.2011*



## Das schwarz-grüne Debakel

### Konsequenzen aus der Bürgerschaftswahl

*Von Marcel Bois, Patrick Miesch, Sarah Kröger (Stadtteilgruppe Altona-Nord)*

Im viel beschworenen „Superwahljahr“ gingen die Hamburgerinnen und Hamburger als erste an die Urnen. Die Bürgerschaftswahl am 20. Februar war unverhältnismäßig stark von lokalen Themen beeinflusst. Ihr Ergebnis drückte in erster Linie eine weit verbreitete Unzufriedenheit mit dem schwarz-grünen Senat aus. Für DIE LINKE stellte die Wahl einen kleinen Erfolg dar, auf dem sich aufbauen lässt.

Große Wahlgewinnerin war die SPD. Sie erhielt die meisten Stimmen (48,3 %) und kann in Zukunft alleine regieren. Die CDU hat massiv Stimmen einbüßen müssen und kam nur noch auf 21,9 %, ihr Koalitionspartner GAL hat in absoluten Zahlen etwa das Niveau der letzten Wahl halten können (11,2 %). Diese Zahlen belegen die enorme Wechselstimmung, die in der Stadt vorherrschte. Die allermeisten HamburgerInnen wollten nicht länger von Schwarz-Grün regiert werden.

Der LINKEN gelang mit 6,4 % der abgegebenen Stimmen der Wiedereinzug in die Bürgerschaft, die FDP erhielt sogar 6,6 % der Stimmen und ist damit nach zehnjähriger Abstinenz wieder im Hamburger Parlament vertreten.

Erfreulich: Die NPD verharrte bei 0,9 %. Weniger Erfreulich: Die Wahlbeteiligung lag bei nur 57 % und sank damit um 6,5 %. Seit 2001 ist sie um 14 Prozentpunkte gesunken.

Spitzenkandidat der SPD und neuer Bürgermeister ist mit Olaf Scholz der „Architekt“ der neoliberalen Agenda 2010. Er und seine Partei haben einen nahezu unpolitischen Personenwahlkampf gemacht. Der Tenor lautete: „Hamburg muss wieder solide regiert werden!“ Auf den Wahlplakaten waren sinnentleerte Slogans wie „Klarheit“ oder „Vernunft“ zu lesen.

Zudem blieb die SPD relativ vage in ihren Versprechungen, außer der Kita-Vereinbarung gab es wenig konkreten Ansagen. Damit schaffte sie aber eine riesige Projektionsfläche für verschiedene Erwartungen, vor allem unter ArbeiterInnen (57 %, +19 %), Angestellten (51 %, +16 %), und RentnerInnen (51 %, +21 %), die sie überdurchschnittlich oft wählten. Zu den Parteikompetenzen der Sozialdemokratie zählten die WählerInnen mit „sozialer Gerechtigkeit“ (55 %) und „bezahlbarem Wohnraum“ (56 %) soziale Themen deutlich stärker als etwa „die Wirtschaft in Hamburg voranbringen“ (37 %) und „Verbrechen und Kriminalität bekämpfen“ (35 %). Trotz rechtem Spitzenkandidaten und unpolitischem Wahlkampf war die Erwartungshaltung an die SPD also eher links.

Ob die Sozialdemokratie diese Erwartungen erfüllen wird, ist indes fraglich. Schon kurz nach der Wahl machte Scholz klar, dass das Geld für die Kitas und die Abschaffung der Studiengebühren nur durch Haushaltsumschichtung verfügbar werden wird. Ein wichtiger Programmpunkt der SPD lautet „solide Finanzen“: Bis 2019 sollen ein strukturell ausgeglichener Haushalt erreicht und keine neuen Schulden mehr gemacht werden. Das lässt drastische Einschnitte im sozialen Bereich befürchten.

Für die bislang regierende CDU stellte die Bürgerschaftswahl ein Debakel dar. Sie verlor die Hälfte ihrer bisherigen WählerInnen.

Die Abwanderungsströme gingen vor allem in zwei Richtungen: zur SPD (54.000 Wähler) und zur FDP (24.000). Die einen hatten sich in vorherigen Wahlen von der SPD abgewandt und kehrten nun, enttäuscht von der unsozialen CDU, mit neuen Erwartungen zurück. Die anderen waren enttäuscht vom „Zerfall“ der CDU und meinen, eine starke FDP könne momentan besser „bürgerliche Interessen“ in der Hansestadt durchsetzen.

Die Ablehnung der Elbphilharmonie durch eine relevante Minderheit (26 % der HamburgerInnen sehen in ihr das größte Sparpotential) zeigt, dass die Politik der „Leuchtturm-Projekte“ bei den WählerInnen nicht gut ankommt.

Ohne die Schwäche der CDU ist der Erfolg der SPD nicht zu erklären – gerade auch vor dem Hintergrund der anderen Landtagswahlen, die in diesen Wochen stattgefunden haben. Weder in Rheinland-Pfalz noch in Baden-Württemberg oder Sachsen-Anhalt hat die Sozialdemokratie zulegen können. In Hamburg hingegen hatte man fast das Gefühl, auch eine Pappfigur aus dem Keller des SPD-Parteibüros hätte gegen den biedereren Bürgermeister Ahlhaus gewinnen können.

Etwas anders sieht es bei der GAL aus: Auf den ersten Blick scheint sie die Regierungsbeteiligung schadlos überstanden zu haben, konnte prozentual sogar leicht hinzugewinnen (+ 1,6 %). Doch muss man ihr Ergebnis als Niederlage werten. Das wird deutlich, wenn man das Wahlergebnis mit dem bundesweiten Trend vergleicht. Hamburg ist traditionell eine

Hochburg der Grünen. Doch bei der diesjährigen Bürgerschaftswahl lag die Partei etwa 5 Prozentpunkte unter dem Bundestrend: Das Allensbach-Institut beispielsweise sah zum Zeitpunkt der Hamburger Wahlen die Grünen deutschlandweit bei 16,5 %.

Vermutlich hat die Tatsache, dass die GAL im letzten Moment die Reißleine gezogen und die Koalition aufgekündigt hat, sie vor einer ganz großen Blamage bewahrt, auf die sie nach Moorburg oder der gescheiterten Schulreform zusteuerte.

Gegen den Bundestrend konnte die FDP zulegen. Der Erfolg der Liberalen basierte vor allem auf der Niederlage der CDU, er stellte also in erster Linie eine Verschiebung im bürgerlichen Lager dar. So übernahm die FDP vor allem ehemalige WählerInnen der CDU (24.000). Hinzu kamen noch 1.000 ehemalige SPD-WählerInnen sowie jeweils 4.000 NichtwählerInnen und Zugezogene.

DIE LINKE hat ein verhältnismäßig gutes Ergebnis eingefahren – gerade wenn man es mit den beiden Westländern Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg vergleicht, wo wir deutlich unter der 5-Prozent-Hürde geblieben sind. Auch die Tatsache, dass wir normalerweise nur zulegen, wenn die SPD verliert, macht den Erfolg hier in Hamburg deutlich. Wenn man die Konflikte innerhalb der Partei und die Pressekampagne gegen uns („Kommunismus-Debatte“) in Rechnung stellt, ist es sehr lobenswert, wie wir diesen Wahlkampf bestritten haben.

Wichtig dabei war, dass wir die Interessen von ArbeiterInnen, Arbeitslosen, StudentInnen und RentnerInnen wahrgenommen und ins Zentrum unserer Kampagne gestellt haben. Umfragewerte zum Thema

Bürgernähe belegen, dass dies von den WählerInnen wahrgenommen wird. Dort liegen wir sogar vor CDU und FDP. Das weist darauf hin, dass wir mit unserem Gespür für die Probleme der Menschen im Stadtteil nicht ganz falsch lagen.

Die Zuspitzung des Wahlkampfes auf die soziale Spaltung der Stadt war richtig. Das größte Kompetenzvertrauen der WählerInnen haben wir dementsprechend in den Bereichen „soziale Gerechtigkeit“ sowie „bezahlbarer Wohnraum“.

Außerdem hat die Unterstützung der GenossInnen aus anderen Bundesländern sehr gut getan. Der Solidaritätsgedanke gab dabei einen Schub für die hier wohnenden Wahlkämpfer.

Die Struktur unserer Wählerschaft scheint sich ein wenig verändert zu haben. Wir haben insgesamt etwa 28.000 Wähler verloren, mit einem Saldo von jeweils 4.000 (jeweils Zustrom 5.000, Abstrom 9.000) verloren wir mit Abstand am meisten an SPD und Nichtwähler. Hingegen konnten wir 4.000 ehemalige Grüne-WählerInnen von uns überzeugen (bei einer Abkehr zu den Grünen von 2.000).

Weiterhin sind wir die Partei der sozial schwachen Bevölkerungsgruppen, allerdings mussten wir dort auch die größten Verluste hinnehmen (Arbeitslose: 16%, - 3%; Arbeiter: 9 %, -1 %; Angestellte: 6 %, - 1 %). Bei Selbstständigen konnten wir dagegen um 1 % zulegen (7 %).

Relativ gut haben wir in den Stadtteilen im „inneren Kreis“ abgeschnitten. Das spricht nicht nur für einen guten Wahlkampf, sondern auch für unsere langfristige Präsenz. Dort, wo Stadtteilgruppen existieren, haben wir in der Regel gute Ergebnisse erzielt. Für unseren Bezirk bedeutete das: In der

Sternschanze (19,8 %, + 3,6%), in Altona-Altstadt (Landesliste: 16,5 %, + 2,8 %), Altona-Nord (15,9 %, + 2,5%), Ottensen (12,9 %, + 2,3 %) und Bahrenfeld (9,0 %, + 0,5 %) konnten wir zulegen.

Dagegen haben wir Stimmen in den „Randbezirken“ verloren – selbst wenn wir dort sehr präsent waren: So mussten wir in Lurup (8,1 %) einen Verlust von 0,4 % hinnehmen, in Osdorf (5,2 %) von 0,9 %.

Hier spielten unseres Erachtens vor allem objektive Gründe eine Rolle: Das Niveau der Sozialproteste ist niedrig, vor allem den sozial Schwächsten fehlt eine gesamtgesellschaftliche Perspektive. Gab es in den Kerngebieten einige lokale Bewegungen (etwa gegen die Schließung des Altonaer Museums oder den Abriss des Gängeviertels), an denen wir beteiligt waren und die den Menschen Mut machten, durch Proteste Veränderungen zu erreichen, können wir in der „Peripherie“ die fehlende Perspektive nicht so einfach substituieren, auch nicht mit großer Willenskraft und einem hohen Aktivitätsgrad. Vielmehr war gerade in den sozial schwachen Stadtteilen die Hoffnung besonders groß, durch einen Regierungswechsel unmittelbar etwas an der eigenen Lebenssituation zu verbessern – zumindest bei denjenigen, die überhaupt noch zur Wahl gegangen sind.

Umgekehrt haben die Wahlen in Baden-Württemberg gezeigt, wie stark soziale Bewegungen das gesellschaftliche Klima beeinflussen und die Hoffnung auf Veränderung nähren können. Monatelang gab es in der Landeshauptstadt Proteste gegen das umstrittene Bahnhofprojekt „Stuttgart 21“. Hinzu kam die Diskussion um Atomkraft in Folge der Reaktorkatastrophe im japanischen Fukushima. Kurz

nachdem das Unglück bekannt geworden war, fand eine große Anti-AKW-Menschenkette im „Ländle“ statt. Einen Tag vor der Landtagswahl gingen zudem bundesweit eine Viertelmillion Menschen für den sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie auf die Straße.

Man mag von den Grünen halten, was man will – ihnen ist es gelungen, sich als die Partei dieser beiden Bewegungen zu präsentieren. Das Ergebnis war ein fulminanter Wahlerfolg – und der Sturz der CDU nach 58 Regierungsjahren.

Abschließend noch eine Anmerkung zum Ergebnis der NPD in Hamburg. Auch wenn es mit 0,9 % erfreulich schlecht ist, bleibt doch die Gefahr bestehen, dass die Nazis in Zukunft gerade unter sozial Schwachen punkten – vor allem, wenn die Hamburger SPD die enormen Hoffnungen, die viele Menschen nun in sie stecken, enttäuschen sollte. Auch die Gefahr von rassistischen Kampagnen ist keineswegs gebannt. Gerade die CDU wird versuchen, durch Hetze – vor allem gegen Muslime – von ihrer eigenen Unzulänglichkeit abzulenken. Die jüngsten Äußerungen vom neuen Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich („Der Islam gehört nicht zu Deutschland“) machen dies deutlich. Hier müssen wir als LINKE wachsam bleiben.

Folgende Perspektiven ergeben sich unseres Erachtens aus der Wahl:

1. Die soziale Spaltung der Stadt wird sich fortsetzen. Wir müssen uns als soziale Opposition gegen die vermutlich anstehenden Kürzungen der Regierung Scholz aufstellen.

2. Wir müssen Teil der sozialen Bewegungen der Stadt bleiben und entstehende Bewegungen unterstützen – sei es gegen hohe Mietpreise, Stellenabbau im

öffentlichen Dienst oder die Schließung von Bücherhallen.

3. Unsere wichtigsten Verbündeten sollten dabei die Gewerkschaften sein, denn sie besitzen noch immer das höchste gesellschaftliche Mobilisierungspotential.

Zugleich zeigen die Erfahrungen aus der Zeit der Bundesregierung Schröder, dass ihr enges Verhältnis zur Sozialdemokratie problematisch sein kann. Es wird nicht einfach werden, die Gewerkschaften gegen Sozialkürzungen einer Regierung Scholz auf die Straße zu bringen

4. Die aktive Stadtteilarbeit muss weiter den Kern unserer Arbeit bilden. Unsere Präsenz vor Ort müssen wir weiter durch Aktivitäten und Infostände – auch außerhalb von Wahlkampfzeiten – ausbauen. Auch regelmäßige inhaltliche Veranstaltungen gehören hierzu. Hier sollten wir sowohl lokale Themen (wie zum Beispiel den Umbau des Bahnhofsgeländes) als auch bundes- und weltpolitische (wie die Revolutionen in Nordafrika oder Atomkraft) diskutieren.

5. Die Tatsache, dass wir nun nur noch viertstärkste Oppositionskraft sind, wird Auswirkungen haben. Die relativ große Präsenz, die wir bislang in den Lokalmedien genossen haben, wird vermutlich zurückgehen. Daher ist es umso wichtiger, dass wir selber durch Infostände, Plakate, eigene Publikationen oder unseren Internetauftritt (Homepage, Facebook) Präsenz zeigen.

6. So sehr wir uns über den

Wiedereinzug in die Bürgerschaft und in die Bezirksversammlungen freuen, stellt er doch auch zwei Gefahren dar: Zum einen werden zahlreiche GenossInnen von der Arbeit im Parlament absorbiert. Das bedeutet, dass ihre Kräfte zum Teil im Parteaufbau fehlen. Dementsprechend sollten wir uns umso mehr darum bemühen, neue Mitglieder für die Partei und passive Mitglieder für unsere Aktivitäten zu gewinnen.

Zum anderen besteht – auch wenn es bei uns momentan nicht danach aussieht – in linken Parteien immer die Gefahr, sich ins Parlament „zurückzuziehen“. Unsere Abgeordneten sind



Vertreter der sozialen Bewegungen. Wenn sich diese jedoch nicht auf der Straße befinden, dann kann dies zu einer Entwicklung wie bei den Grünen seit den 1980er Jahren führen: Die Parlamentsarbeit dient nicht mehr der Bewegung, sondern wird zum Selbstzweck. Dadurch kann es zu einer Entfremdung von der Partei und vor allem von den sozialen Bewegungen kommen. Der (vielleicht etwas holprige) Leitspruch „Keine Aktion ohne Fraktion“ sollte erste ParlamentarierInnenpflicht bleiben. Nur so können wir dieser Gefahr der „Parlamentarisierung“ begegnen.

## Schlussfolgerungen aus der Bürgerschaftswahl 2011 in Hamburg aus LINKER Sicht

von Norbert Hackbusch

Das Wahlergebnis zur Bürgerschaftswahl zeigt die Stärke der Partei und der Fraktion in Hamburg. Aber es zeigt auch einige Schwächen, die für unsere Weiterentwicklung entscheidend zu diskutieren sind. Gelobt wurden und haben wir uns selbst genug, jetzt sollten aber noch aus unseren Schwächen Schlüsse gezogen werden.

Hauptproblem unseres Wahlkampfes war die SPD. Sie ist sowohl in Hamburg als auch im Bund in der Opposition und konnte mit ihrer neu erwachten sozialen Rhetorik Stimmen sammeln. So ist bei jeder Podiumsdiskussion die Ähnlichkeit von Forderungen der SPD und zentraler Forderungen von uns aufgefallen: 6000 / 8000 mehr Wohnungen, keine KiTA-Gebührenerhöhung und freie Kita-Nutzung, gegen Studiengebühren. Da ist es hilfreich auf die Erfahrungen mit der SPD und auf Scholz als wichtiger Konstrukteur von Hartz IV hinzuweisen, aber das Gedächtnis vieler Menschen trägt häufig nicht lang. Immerhin haben wir einen großen Teil unserer Wähler und unserer Aktiven von der SPD und jetzt sind keine Aktiven und wenige Wähler zurückgekehrt. Das ist doch schon mal was, vor allem unter der Berücksichtigung, dass die SPD jetzt in Hamburg allein regiert...

Ein besonders gutes Ergebnis in Altona

Im Wahlkreis 3 ist uns ein besonders gutes Ergebnis gelungen. Wir haben hier sowohl bei den Bürgerschaftswahlen zugelegt als auch bei den Bezirkswahlen. Hier haben wir auf Wahlkreisebene mit 14,2 Prozent einen beachtlichen Platz

knapp hinter der CDU (15,5 %) erreicht. Und die Wahlbeteiligung ist – trotz prekärer sozialer Situation vieler Menschen weniger gesunken. Eine Ursache ist sicherlich die gute parlamentarische und politische Arbeit, aber – bei allem Selbstbewusstsein – das kann nicht alles gewesen sein. Wichtiges Moment ist vielmehr eine recht hohe kräftige gemeinsame Mobilisierung gegen die Schließung des Altonaer Museums, gemeinsame Forderungen im „Recht-auf-Stadt-Bündnis“, gemeinsame Aktionen wie Frappant, aber auch viele kleine Initiativen, die aufzuzählen hier den Rahmen sprengt. Diese Initiativen waren stark, weil sie konkret waren,



vielfältig in ihren Aktionen, erfolgreich in einzelnen Schritten und damit gegen die allgemeine Resignation.

Allerdings gehen diese Mobilisierungen mit einem hohen Anteil intellektuell verbundenen Menschen einher. Solche Aktivitäten können daher nicht einfach in andere Stadtteile übertragen werden, aber sie zu initiieren und zu unterstützen, sollte vornehmtes Ziel der Aktivitäten in der Partei, im Bezirk und auch der Bürgerschaft sein.

Das Wahlrecht

Die Verantwortung für die sinkende Wahlbeteiligung nur im neuen Wahlrecht zu suchen, ist töricht. Die Wahlbeteiligung ist angesichts der Erwartung einer „gelaufenen Wahl“ und einer CDU-Klientel, die sich nicht aufrufen konnte, Ahlhaus zu wählen, nicht dramatisch gesunken. Sicherlich ist der hohe

Anteil ungültiger Stimmen genauer zu diskutieren. (Allerdings ist bei größerer Aktionsmöglichkeit die Fehleranfälligkeit schon immer gewachsen).

Problematisch ist die wachsende Konkurrenz innerhalb der Parteien mit dem personalisierten Wahlrecht. Das hat bei der LINKEN zu einigen Verstimmungen geführt und in den anderen Parteien z. T. zu dramatischen Auseinandersetzungen. Aber die Schlussfolgerungen sind problematisch: Die LINKE kann nicht den Wählern die Einflussmöglichkeiten auf die Listen nehmen mit dem Hinweis das würde den Parteien schaden. Dieses Signal ist in Zeiten der – in weiten Bereichen durchaus verständlichen – Parteienverdrossenheit einfach nur falsch.

Wahlabstinenz

Die wiederum gesunkene Wahlbeteiligung ist ein Krisenzeichen, zumal die LINKE es sich zur Aufgabe gemacht hat, die Nichtwählenden zu gewinnen. Daher muss diese Entwicklung genauer diskutiert werden.

Die Wahlabstinenz scheint gegenwärtig kein Zeichen von Kampfeswillen zu sein („ich gebe meine Stimme nicht ab, sondern benutze sie selbst“) Die gewachsene Nicht-Wahlbeteiligung ist häufig in den Stadtteilen festzustellen, die eher geringere Auseinandersetzungen kennen. Vielmehr ist die Nicht-Wahlbeteiligung eher eine Folge zunehmender gesellschaftlicher Resignation, die sich in weiten Bereichen der Gesellschaft (von den sinkenden Zahlen von TrainerInnen in den Sportvereinen bis zu den Schwächen bei den politischen Parteien) zeigen. Diese Entwicklung hat sicherlich eine Ursache in der stärkeren

Individualisierung, aber auch in den mangelnden Erfolgen gemeinsamer Anstrengungen. Hier gilt es für die Partei gesellschaftlich breit anzusetzen. Die Wahlbeteiligung selbst ist daher nur ein äußeres Zeichen, wir haben mit unseren Aktivitäten tiefer anzusetzen. Die Mobilisierungserfolge in Altona Altstadt und Altona Nord zeigen zumindest eine Richtung an.

#### Migration

Eine besondere Beachtung verdienen die hohen Stimmengewinne bei MigrantInnen, die sich in den hohen Stimmenanteilen von Cansu und Mehmet zeigen. Die LINKE hat damit eine Verantwortung und Aufgabe erhalten, die wir in den nächsten Monaten und Jahren mit Leben füllen müssen.

#### Bürgerschaft

Das Wahlergebnis stellt die Bürgerschaftsfraktion vor besondere, schwierige Aufgaben, bietet aber auch Chancen. Unsere Chancen, als eine von vier Oppositionsparteien im normalen Parlamentsbetrieb Akzente setzen zu können, werden – schon rein mathematisch - abnehmen. Desto stärker wird es die Aufgabe sein, Schwerpunkte zu setzen und verstärkt mit Aktiven innerhalb und außerhalb der Partei eigenständige Akzente zu setzen, die auch (erst einmal) eigenständig kommuniziert werden müssen. Diese Notwendigkeit zeigte sich auch schon in den letzten Jahren, da die „normale herrschende Presse“ vieler unserer Aktivitäten kaum widerspiegelte und es politisch töricht wäre, die eigenen Aktivitäten an der Presseresonanz auszurichten (Boulevardpolitik).

Das eigenständige Agieren geht allerdings nur bei einer wirklichen Schwerpunktsetzung

( die LINKE beherrscht es zu gut, die Schwerpunktsetzung auf ca. 24 Schwerpunkte zu verteilen ...) . Denn die Verbindung mit Aktiven außerhalb des Parlaments ist aufwendig und zeitraubend. Trotzdem sollte der Aufbau gemeinsamer Strukturen entscheidend sein und die darauf aufbauenden gemeinsamen Erklärungen, ohne die Papierproduktion noch weiter zu steigern.

### AUFRUF ZUM OSTERMARSCH 2011

#### Liebe

**GenossInnen**, auch in diesem Jahr gibt es gute Gründe, sich am **Ostermarsch** zu beteiligen; neben dem seit Jahren andauernden Einsatz der Bundeswehr und anderer NATO-Truppen in Afghanistan aktuell auch noch die Ereignisse in Libyen: Dort versuchen NATO-Luftstreitkräfte seit Wochen, den Machthaber Gaddafi zu stürzen.

Dass die Bundeswehr an diesen Kampfhandlungen bisher nicht beteiligt ist, kann man als eine der wenigen erfreulichen Entscheidungen unserer Regierung sehen; was natürlich von Westerwelle und Merkel nicht zu erwarten ist, ist eine klare

Aussage, dass ein militärisches Eingreifen westlicher Staaten in den Bürgerkrieg in Libyen sicherlich nicht zu einem dauerhaften Frieden dort führen wird. So ist es nach wie vor die Aufgabe der Friedensbewegung, Ursachen und Hintergründe von bewaffneten Konflikten

darzustellen und Wege zu einer friedlichen, gerechten Weltordnung aufzuzeigen; dazu dienen seit vielen Jahrzehnten die Ostermärsche.

Weil es am Ostermontag Demonstrationen und Kundgebungen zu den ebenso dringlichen Themen 25 Jahre Atomkatastrophe in Tscherno-

byl und aktuell in Fukushima geben wird, findet der Ostermarsch in Hamburg diesmal statt am

**Ostersamstag, 23. April 2011.**

Er steht unter dem Motto:

**Bundeswehr raus  
aus Afghanistan!**  
**Atomwaffen  
abschaffen!**  
**Atomkraftwerke  
abschalten!**

**12 Uhr Auftakt am Kriegsklotz  
(Dammtordamm)**

**14 Uhr Friedensfest auf dem  
Carl-von-Ossietzky-Platz  
(Lange Reihe)**

**Dort gibt es Reden, Livemusik,  
Infostände sowie Essen und  
Trinken.**

*Weitere Informationen  
findet Ihr unter*  
[www.hamburgerforum.org](http://www.hamburgerforum.org)

[www.brunsbüttel.tschernobyl25.de](http://www.brunsbüttel.tschernobyl25.de)

[www.krümmel.tschernobyl25.de](http://www.krümmel.tschernobyl25.de)

Werner Haertel

**Abschalten!  
Abschalten!  
Abschalten!**

von Susanne David

Am Samstag den 26.3. 2011 gingen in Deutschland gut eine viertel Million Menschen in 4 Städten gleichzeitig auf die Straße, um unter dem Motto: „Fukushima mahnt: Alle AKW's sofort abschalten!“ gegen den Atomwahnsinn zu demonstrieren.

Großdemos fanden in Köln, München, Berlin und



Hamburg statt. Allein in Hamburg wurden auf dem Rathausplatz und Umgebung 50000 Menschen gezählt. Auch die LINKE hatte zur Demo aufgerufen und war mit einem eigenen Wagen vor Ort. Unter dem Eindruck der Reaktorkatastrophe von Fukushima können und wollen sich die Menschen das Risiko einer nuklearen Katastrophe nicht mehr leisten!

Das Moratorium: (Aussetzung der AKW-Laufzeitverlängerung für 3 Monate sowie vorerst die Abschaltung der 7 ältesten AKW's ) sei völlig unzureichend – „Wir brauchen kein Moratorium!“ erklärte der Redner auf der Bühne des Rathausplatzes und berief sich dann auf ein Zitat von CSU-Chef Horst Seehofer: Denn - „nicht die Wahrscheinlichkeit einer nuklearen Katastrophe sei entscheidend für die Stilllegung eines Atomkraftwerkes sondern allein die *bloße Möglichkeit* eines nuklearen Unfalls!“ - und forderte die sofortige Abschaltung aller 17 AKW's. „Abschalten! Abschalten! Abschalten!“ skandierte daraufhin die Menge. Wie fantasievoll, bunt und vielfältig der Demonstrationzug war, kann im Internet recherchiert werden. Viele TeilnehmerInnen haben ihre Eindrücke per Foto und Video ins Netz gestellt.

**Außerdem wird am Ostermontag, den 25.4.2011 ein bundesweiter Aktionstag unter dem Motto: 25 Jahre Tschernobyl – Atomkraftwerke endlich abschalten! stattfinden. Die Linke.Altona ruft**

**dazu auf sich zahlreich an den Demonstrationen rund um die Atomkraftwerke Krümmel, Brokdorf und Brunsbüttel zu beteiligen.**



**Der Ausstieg ist alternativlos!**

*Stellungnahme der LINKEN.Altona zu den Ereignissen in Japan*  
Von Volker Vödisch

Erdbeben, Tsunami, explodierende Reaktorblöcke, viele Tote und Vermisste, völlig zerstörte Städte und Dörfer, eine Million Menschen ohne Wasserversorgung, radioaktiv verstrahlte Lebensmittel und der drohende Super-GAU, wenn die Kernschmelze nicht verhindert werden kann: eine furchtbare Tragödie für die Menschen in Japan und möglicherweise auch für die Menschen in den nahegelegenen Staaten.

Was nun genau vor Ort geschieht, weiß im Grunde niemand. Die Informationen des Energiekonzerns Tepco,

der die Reaktoren betreibt, sind spärlich, oft genug beschönigend und verlogen.

Das Geschehen in Fukushima führt die Unbeherrschbarkeit der nuklearen Nutzung und das damit verbundene Katastrophenpotenzial deutlich vor Augen. Die Gefahr wird noch um einiges potenziert, wenn Betreiberkonzerne und Atomanlagen ungenügend kontrolliert werden. Selbst wenn es gelingen sollte, die Brennstäbe dauerhaft zu kühlen, wird die Region um die Meiler des Kernkraftwerks Fukushima auf viele Jahre hinaus radioaktiv belastet bleiben. Leben können dort niemand mehr. Welche Folgen eine radioaktive Verseuchung für das Leben nach sich zieht, kann in der Ukraine bis heute, 25 Jahre nach dem GAU in Tschernobyl, beobachtet werden.

Hunderttausende von Menschen litten und leiden unter den Auswirkungen der radioaktiven Belastungen, viele starben später infolge

der Verstrahlung. Noch heute weisen Pflanzen, und Tiere eine radioaktive Belastung auf.

Unter dem Eindruck der Ereignisse in Japan vereinbarte die Bundesregierung in Berlin mit den Ministerpräsidenten der Bundesländer, in denen Atomanlagen betrieben werden, ein Moratorium. Alle Anlagen sollen innerhalb der nächsten drei Monate auf ihre Sicherheit

innerhalb der nächsten drei Monate überprüft werden. Eine Wende in der Atompolitik? Das Aus der Nutzung von Kernenergie? Wohl kaum! Die KKW-Betreiber halten verdächtig still. Sie drohen zwar vorsorglich mit Milliardenklagen, scheinen aber nicht wirklich beunruhigt zu sein. Sie interpretieren vermutlich die Drei-Monats-Frist als Wahlkampfstrategie der Atomstrombefürworter CDU und FDP, die die nächsten wichtigen

Landtagswahlen heil und unbeschadet überstehen möchten, um dann weiterzumachen wie bisher. Das darf jedoch unter keinen Umständen passieren!

DIE LINKE.ALTONA fordert

- den Ausstieg aus der Nutzung von Atomenergie sowie die bedingungslose Rücknahme der Laufzeitverlängerung und die Abschaltung der alten AKW als erste Schritte in den Ausstieg
- die Überführung der Energiekonzerne und der Übertragungsnetze in öffentliches Eigentum.
- die unverzügliche Klärung der Endlagerungsfrage von Atommüll. Die Lagerung darf Mensch und Natur nicht schaden!



hin überprüft werden. Sieben Kernkraftwerke stehen angeblich zur Disposition, sollen vielleicht abgeschaltet werden. Alle Anlagen sollen

## NEWS AUS DEM BEZIRKSVERBAND

Unser Genosse Bernhard Müller trat nach dem letzten Landesparteitag im Januar von seinem Amt als Sprecher zurück. Er fühlte sich politisch nicht genügend unterstützt und kritisierte u. a. das Abstimmungsverhalten unserer Parteitagsdelegation in bestimmten Fragen. Der Bezirksvorstand bedauert seine Entscheidung sehr. Wir bedanken uns ausdrücklich bei ihm für sein Engagement und für sein wertvolles Wirken beim Aufbau unseres Bezirksverbands seit der Fusion beider Quellparteien zur DIE LINKE. Er hatte einen wesentlichen Anteil an der programmatischen und strukturellen Entwicklung bei uns Altonaern. Sprecherin bleibt unsere Genossin Beate Reiß. Volker Vödich fungiert bis zu einer Neuwahl kommissarisch als Sprecher.

Unser Genosse Dirk Kölsche ist von Lurup nach Finkenwerder umgezogen und mischt nun aktiv im



Bezirksverband Mitte mit. Er beendete deshalb seine Vorstandstätigkeit. Wir bedanken uns bei ihm für seine solidarische und ideenreiche Mitarbeit im

Vorstand. Er war Mitbegründer und Mitgestalter der ersten Stadtteilgruppe im Wahlkreis Blankenese und zeichnete für den Mailverkehr und die Website unseres Verbandes verantwortlich. Er wird zunächst weiterhin bei der Erstellung des Mitglieder-Infos behilflich sein.

Unser Genosse Bernhard Müller legt sein Amt als Landesschatzmeister nieder.

Die Mitgliederversammlung beauftragte den



Bezirksvorstand Anfang März, einen offenen Brief an die Fraktionen der SPD, CDU, GAL und der FDP in der Bezirksversammlung zu schreiben. In diesem Brief setzen wir uns für den Erhalt vieler Ausschüsse in der Bezirksversammlung ein. Der Wortlaut des Schreibens ist im Mitglieder-Info zu lesen.

Die Landesarbeitsgemeinschaft Zum Thema Hartz IV wird sich künftig jeden ersten und dritten Dienstag bei uns im



Parteibüro in Ottensen treffen.

Die ALTONALE wird am 18. Und 19. Juni stattfinden. DIE LINKE.ALTONA wird sich wieder mit einem Stand auf der Infomeile beteiligen.

Der Bezirksvorstand beschloss auf seiner Sitzung am 21.02.11 den Ausschluss von 31 Mitgliedern aus dem Bezirksverband der Partei. Sie hatten in der Regel keinen Mitgliedsbeitrag gezahlt, sich auch nicht weiter mit uns in Kontakt gesetzt oder waren trotz mehrerer Versuche nicht erreichbar. Einige von ihnen waren unbekannt verzogen.

Kurze Ankündigung in eigener Sache:

Ich werde das Layout an einen Nachfolger übergeben, da ich mich ab sofort voll und ganz der Politik im Bezirk Mitte und speziell in Finkenwerder widmen werde.

Nachfolger gesucht! (Layout fürs Info) - Meldung bitte an Volker Vödich

Dirk Kölsche

So erreichen Sie uns:

Web: [www.die-linke-altona.de](http://www.die-linke-altona.de)

Mail: [info@die-linke-altona.de](mailto:info@die-linke-altona.de)

Telefon: 040 - 41 35 85 20 (AB)

Post: DIE LINKE. Bezirksverband Altona  
Am Felde 2, 22765 Hamburg

*Redaktion:*

*Susanne David, Hasan Burgucu, Volker*

*Vödisch Layout: Dirk Kölsche*

*Texte von:*

*Robert Jarowoy, Marcel Bois, Patrick Miesch,*

*Sarah Kröger, Werner Haertel, Volker Vödisch,*

*Susanne David, Norbert Hackbusch*

*V.i.s.d.P.: Die Linke. Altona, Am Felde 2,  
22765 Hamburg*

*Das nächste Info erscheint im Juni,*

*Artikelabgabe / Redaktionsschluss 31.05.2011!*



*Mitgliederversammlung*

Die Mitgliederversammlung des Bezirksverbands Altona findet jeden ersten Montag im Monat statt. Interessierte sind immer herzlich willkommen!

Nächster Termin am 2.05.2011 - weiterer:

06.06.2011 und 04.07.2011

Ort: Parteibüro, Am Felde 2, Ottensen

*Bezirksvorstandssitzung*

Die Vorstandssitzung des Bezirksverbands Altona findet jeden dritten Montag im Monat statt. Vorstandssitzungen sind parteiöffentlich!

Nächster Termin am Montag, den 18.04.2011 um

19:30 Uhr – weitere: 16.05.2011/20.07.2011

Ort: Parteibüro, Am Felde 2, Ottensen

*Bezirksversammlung Altona*

Die Bezirksversammlung Altona tagt jeden vierten Donnerstag im Monat.

Bitte unterstützt unsere Fraktion zahlreich von der Zuschauertribüne aus!

Nächster Termin am 21.04.2011 um 18 Uhr.,

weitere: 26.05.2011

Ort: Rathaus Altona, Kollegiensaal – die Zuschauertribüne befindet sich 1 Stockwerk höher, die Tagesordnung liegt aus.

# Regelmäßige Termine

**Stadtteilgruppen:**

Die Stadtteilgruppen treffen sich einmal im Monat - Interessierte sind immer herzlich willkommen! Kommt einfach zu den Treffen oder nehmt Kontakt zu den Ansprechpartnern auf.

*Stadtteilgruppe Altona-Altstadt*

[Werner Haertel](#)

Fon: 040-200 54 67

Nächstes Treffen bitte erfragen

*Stadtteilgruppe Altona-Nord*

[Marcel Bois](#)

Mobil: 0174-2344114

Nächstes Treffen am Dienstag, den 26.04.2011 um 19:30

Uhr; weitere: 24.05.2011 und 28.06.2011

Ort: Gaststätte "Feuervogel", Holstenstraße 119, Altona-Nord

*Stadtteilgruppe Bahrenfeld (mit Groß-Flottbek und Othmarschen)*

[Horst Schneider](#)

Fon: 040- 38631324, Mobil: 0177- 4571726

[Karsten Strasser](#)

Fon: 040-390 85 55

Nächstes Treffen am Mittwoch, den 04.05.2011 um 19:00

Uhr; weitere: 01.06.2011/06.07.2011

Ort: Jugend- und Freizeitzentrum Bahrenfeld, Bahrenfelder Chaussee 39

*Stadtteilgruppe Elbvororte*

[Johann Pauw](#)

Fon: 040-870 28 17

Nächstes Treffen bitte erfragen

[Anja Szibalski](#)

Fon: 040-811 95 18

*Stadtteilgruppe Lurup/Osdorf*

[Susanne David](#)

Fon: 040-560 57 26

Nächstes Treffen am Mittwoch, den 20.04.2011 um 19:30

Uhr; weitere: 18.05.2011/14.07.2011

Ort: Stadtteilhaus Lurup, Lesecafe, Böverstland 38

*Stadtteilgruppe Ottensen*

[Beate Reiß](#)

Fon: 040-39 63 86

Nächstes Treffen am Montag, den 11.04.2011 um 19:30

Uhr; weitere: 09.05.2011/13.06.2011

Ort: Parteibüro, Am Felde 2, Ottensen